



Zeit
für
Bildung
Seite 5



Gentechnik
so sicher
wie „ASSE“?
Seite 6



Stadt
für
Kreuzritter?
Seite 8



Integration
durch
Mitmachen
Seite 8



Ehrung
Hermann
Bode
Seite 8

UNSER-BRAUNSCHWEIG

Die Zeitung der Bürgerinitiativen | **B·I·BS**

Nr. 2 | 1. Jahrgang | 95 000 Exemplare | www.unser-braunschweig.de | Samstag, 8. August 2009

**Lesen Sie, worüber
andere Zeitungen
nicht berichten...**



Hilferuf an VW: Braunschweig braucht seine Bäume

NABU- Spenden- aufruf

Damit wir unsere Klage weiterführen können und der Querumer Wald uns auf Dauer erhalten bleibt, bitten wir daher alle, die bereit sind, unsere gute Sache zu unterstützen, jetzt dringend um Spenden auf unser Sonderkonto! Sonderspendenkonto für den Erhalt des Querumer Waldes: NABU, Braunschweig Nord LB, BLZ 250 500 00, Kto.-Nr. 150 501 369

Inhalt

Rauchende Schlote statt erneuerbarer Energie?	Seite 2
Sind wir „Otto“?	Seite 2
Freibad Waggum	Seite 2
Startbahn für Stubenhocker Gerichtsverhandlung eine Farce?	Seite 3
Müllenum/Millennium Altdeponie oder Altablagerung?	Seite 3
Nationalpark Harz	Seite 3
Stadt plündert Nibelungen	Seite 4
„Privat vor Staat“ hat ausgedient	Seite 4
VW in der Region gut aufgestellt?	Seite 5
Atom- und Genregion Braunschweig	Seite 6
Internet-Zensur Freiheitsrechte in Gefahr	Seite 7
Genlobbyismus durch Braunschweiger Stiftung?	Seite 7
Feuilleton	Seite 8

Petition an die VW AG und an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)



Zur Unterzeichnung gehts über www.nabu-braunschweig.de

In Braunschweig droht die geplante Vernichtung von 60.000 größtenteils sehr alten Bäumen.

Für die nicht einmal zwingend erforderliche Verlängerung der Startbahn des Flughafens soll im Querumer Forst eine riesige Schneise in das ausgewiesene europäische Schutzgebiet geschlagen werden. Für den größten Teil des Flugverkehrs ist die bestehende Startbahn jedoch ausreichend und für die wenigen Ausnahmen könnten die nahe gelegenen Flugplätze Hannover oder Magdeburg genutzt werden. Für die Durchführung von nur etwa fünf Testflügen unter

Volllast pro Jahr (DLR) könnten unsere Nachbarstädte ebenfalls angefliegen werden. Wir appellieren daher an VW und das DLR als Nutzer dieses Flughafens: Bitte tragen Sie Ihren Teil bei zu einem Interessen-Ausgleich zwischen Bevölkerung, Natur und Klima einerseits und gewerblichen Vorteilen andererseits.

Denn wer als Automobilhersteller (VW) mit einer Wolfs-Patenschaft oder aktuell sogar mit einer Werbekampagne „Ich bin gern im Grünen – und das will ich auch morgen noch sagen können!“ glaubwürdig den Eindruck vermitteln will, sich für den

Schutz unserer Natur einzusetzen, kann nicht wegen vergleichsweise geringfügiger Unannehmlichkeiten für seine Manager ein ganzes Waldstück mit zehntausenden Bäumen abholzen lassen.

Die Menschen in der Region Braunschweig brauchen ihre Bäume für Luftreinhaltung, Klimaschutz und Naherholung. Und auch der Schutz unserer Natur ist für uns alle wichtig. Wir sind doch alle gern im Grünen. Es sollte nicht so viel zerstört werden für den Profit so weniger. Bitte verzichten Sie deshalb für Ihren Verantwortungsbereich auf diese Verlängerung!

Positive Resonanz auf diese Zeitung

In der ersten Ausgabe dieser Zeitung hatten wir aufgerufen, für die nächste Ausgabe einen Euro zu spenden. Das hat gut funktioniert: rund 160 Einzelspenden gingen ein. ... mit Beträgen zwischen 1 Euro und 150 Euro auf das Spendenkonto oder direkt am Informationsstand samstags auf dem Kohlmarkt oder vor Graff vorbeigebracht. So könnte es auch für die nächste Ausgabe weitergehen: mit einem

Euro sichern Sie die nächste Herausgabe der Zeitung, und das ganz ohne Werbung. Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger wollen so eine Zeitung. So gelangen sie an die Informationen, die sonst verschwiegen würden. **Treten Sie ein in einen Dialog mit uns!** Sie erreichen uns als BIBS-Fraktion im Rathaus. Tel. 4 70 21 80 und samstags am Infostand in der Innenstadt.

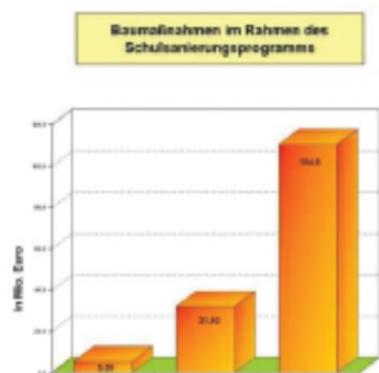


**Mit einem Euro
die nächste Ausgabe sichern.**
Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweiger Landes-
sparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.
Jede Spende ist als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

Haben Sozialdemokraten wirklich fast nichts für Schulen übrig?

Zum wiederholten Male gab die Pressestelle im Rathaus eine für Oberbürgermeister Hoffmann höchst schmeichelhafte Darstellung der Schulinvestitionen heraus – und die Braunschweiger Zeitung druckte sie unkritisch ab.

Es soll der Eindruck verfestigt werden, Hoffmann sei trotz widriger Umstände der Finanzkünstler, der – folgte man



Für Hoffmann schmeichelhaftes Schaubild

dem veröffentlichten Schaubild – 20-mal mehr für die Schulen übrig hat als vor ihm die SPD in den achtziger und neunziger Jahren.

Rauchende Schlote statt regenerativer Energie?

Das Interesse an erneuerbaren Energien in der Bevölkerung ist groß, im Rathaus eher gering.

In einem Sachstandsbericht gab die Stadtverwaltung das Ergebnis zweijähriger städtischer Bemühungen zur Beförderung von Solar-Anlagen auf Braunschweiger Dächern bekannt: „Aus zahlreichen untersuchten Liegenschaften wurden 7 Gebäude als geeignet eingestuft. Trotz allem ist es bis dato gelungen, zwei Photovoltaik-Anlagen fertig zu stellen und in Betrieb zu nehmen.“

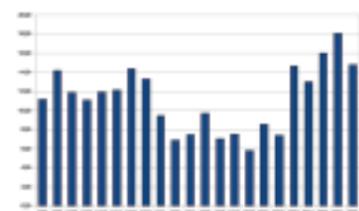
Ist in Braunschweig, der „Stadt der Forschung“, wirklich nicht mehr drin?

Warum steht die Stadt, die sonst gern Spitzenplätze per bundesweiter Image-Anzeigen für sich beansprucht, in Sachen Umwelt und erneuerbarer Energien ganz weit hinten?



Rund 150 Interessierte nahmen das Informations-Angebot der Bürgerinitiativen in der Stadthalle am 22. April 2009 an.

Wirft man aber selbst einen Blick auf die Haushaltspläne und die Zahlen für Schulinvestitionen der letzten 25 Jahre und bereinigt die Zahlen zur Vergleichbarkeit um die Inflation, sieht das Ergebnis aber ganz anders aus:



Die wirklichen Zahlen

Wie man gut erkennen kann, waren die Investitionen in den späten 80er-Jahren in etwa schon auf heutigem Niveau.

Allerdings gilt zu berücksichtigen, dass der Zustand der Schulgebäude auch gewissen Zyklen des Verfalls unterworfen ist.

Schulen, die in den 70er-Jahren gebaut wurden, müssen natürlich erst mit ein paar Jahrzehnten Verzögerung saniert werden. Hierfür ist eine realistische Bewertung kaum möglich. Daher ist die tatsächliche Ausgabenhöhe nur ein Teil der ganzheitlichen Betrachtung.



Städtische Hauswurfsendung als Wahlwerbung

In der jüngsten Hauswurfsendung „Wie Braunschweig in die Zukunft investiert“, stand wenig zukunftssträchtiges, nur Werbung für ein weiteres „Dampfdruckheizkraftwerk“ von BS-Energy mit rauchenden Schloten. Die Broschüre der Stadt müsste also richtiger heißen: „Wie Braunschweig die Zukunft verheizt“.

Wie funktioniert die Manipulation der Stadtverwaltung?

Der Begriff der „Sanierungsinvestitionen“ fehlt im Haushalt, es gibt nur die „Schulinvestitionen“.

Diese unterscheiden aber nicht zwischen Neuerrichtung, neuer Ausstattung oder Sanierung wie zum Beispiel eines Dachs oder neuen Fenstern.

Die jetzige Verwaltung rechnet nur wenige der Investitionen unter SPD-Führung der „Sanierung“ zu, während eigene Investitionen fast komplett als solche bezeichnet werden.

Zusätzlich wird der Eindruck erweckt, als wenn die Mittel von privaten Partnern (ca. 70 Mio. €) gleichfalls

städtisches Geld seien, was natürlich nicht stimmt.

Schließlich lenkt die Verwaltung darüber von den immensen Kostensteigerungen ab, die die Beraterfirma KPMG nun für einige Schulen ausgerechnet hat.

Auffälligerweise wird immer dann die manipulierte Grafik hervorgeholt, wenn der Stern Hoffmanns als Finanzgenie zu verblässen droht oder kurz vor einer anstehenden Wahl, wie aktuell mit Postwurfsendungen aus dem Rathaus an alle Haushalte.

Die Öffentlichkeit wird – auch mit Hilfe der BZ – „eingelullt“ und der Oberbürgermeister als großer Förderer der Bildung dargestellt.

Sind wir Otto?

„Wir sind Otto IV“ – sollen wir BraunschweigerInnen das jetzt sagen können, wie damals, als uns nahegelegt wurde „Wir sind Papst“? Die touristisch-gezielten Mittelalter-Events in Braunschweig seit Mai 2009 beschwören in dieser Stimmung ein undifferenziertes Jubel-Trubel-Mittelalter; dabei hätten wir gerade in Braunschweig allen Grund, einen genaueren Blick auf den bürgerlich-demokratischen Teil unserer Stadtgeschichte bis 1671 zu werfen:

Seit dem 9. Jahrhundert wurde in der Gegend um den Kohlmarkt ein Handelsplatz mit Kaufmannssiedlung nachgewiesen, seit dem 14. Jahrhundert gab es freie öffentliche Märkte mit Marktgebühren. Siedlungsmäßige Erschließung und genossenschaftliche Marktverwaltung sowie Handwerker-zusammenschlüsse zu Gilden und

Zünften gab es seit dem 12. Jahrhundert. Parallel dazu entstanden die 5 Teilstädte Altstadt mit St. Martini, Hagen mit St. Katharinen, Altwiek mit St. Magni, Neustadt mit St. Andreas und zuletzt der Stadtteil Sack.

Seit dem frühen 13. Jahrhundert bildete sich in der Altstadt ein Stadtrat; um das Recht zur Teilhabe an ihm spielten sich gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Patrizierfamilien und den handwerklichen Gildefamilien ab, die sogenannten „Schichten“.

Bekannt waren auch die Braunschweiger Exporte während des Mittelalters: Honigkuchen, Goldschmiedearbeiten, Lederwaren, Artilleriewaffen, Messingverarbeitung, Eisenarbeiten. Wie denkt man außerhalb Braunschweigs von der „Otto“-Manie?

„Marionettenkaiser Otto, der Läppische“. Zitat aus taz-Artikel: „...Da

Flächendeckende Post

Eine Initiative: für flächendeckende Post – gegen Zerstörung kommunaler Infrastruktur sammelte bereits in und vor allem in Orten um Braunschweig herum Unterschriften. Zur Bundestagswahl sollen Politiker vor allem von CDU und SPD zur Umkehr animiert werden: nicht der Gewinn der privatisierten Post, sondern die Versorgung der Bürger mit Postdienstleistungen habe Vorrang. Infos und Unterschriftenblatt www.unser-braunschweig.de

Letzte Meldung:

Braunschweiger Schriftsteller fordert den Rücktritt Hoffmanns. Der Schriftsteller „Lord Schadt“ ist Auslöser der aktuellen Flash-Mob-Debatte. Das angekündigte Verbot des Flash-Mobs auf dem Schlossplatz am 8. 8. 2009 seitens der Stadtverwaltung führte zu bundesweitem Kopfschütteln in unzähligen Medien. In einem Brief wendet sich Lord Schadt nun direkt an den Oberbürgermeister und macht ihn und seine Amtsführung direkt für das zweifelhafte Image der Stadt in zehn Punkten verantwortlich. Der Brief mündet in der Forderung an Hoffmann „die Konsequenzen“ aus seinen Fehlern zu ziehen: „Treten Sie zurück!“ Der ganze Brief ist veröffentlicht unter www.unser-braunschweig.de im Internet.

denkst du, Kaisergeburtstage werden nicht mehr gefeiert. Aber Braunschweig ist für eine reaktionäre Überraschung immer gut. Zwar weiß kein Mensch, wann genau Otto IV geboren wurde. Aber in puncto Devotionsbekundungen für Herrscher, Führer und Oberbürgermeister sind sie an der Oker immer schon findig gewesen: Tageszeitung TAZ vom 15. 7. 2009.

Wenn sich heutzutage im Jahre 2009 die BraunschweigerInnen lediglich an der welfischen Macht- und Prachtentfaltung erfreuen sollen, die in den Otto IV.-Broschüren angekündigt werden, dann wird nur allzuleicht die interessante und dramatische bürgerliche Geschichte der Stadt vergessen. Bei Interesse kann eine Stadtführung zu Braunschweigs bürgerlicher Vergangenheit angeboten werden.

Giesela Hartweg

Bürger sollen um ihr Freibad gebracht werden

Das kleine, idyllisch gelegene und unbeheizte Freibad am Dorfrand von Waggum ist ein beliebter Treffpunkt. Jeden Sommer lädt es zu Badespaß und Geselligkeit im Schatten hoher Birken ein. Doch die Bürgerinnen und Bürger sollen ihr Freibad verlieren

Der Rat der Stadt Braunschweig beschloss 2007 die „Große Lösung“: Ein modernes „Spaßbad“ sollte her, mit gleichzeitiger Schließung bestehender Bäder. Dabei will bei den meisten Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern allerdings kaum Spaß aufkommen: 30.000 Unterschriften gegen diese Lösung wurden einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Der Sportdezernent der Stadt Braunschweig, Laczny, meinte zum kontrovers diskutierten Konzept für die Braunschweiger Schwimmbäder: „Schon jetzt ist durch das Bürgerbegehren viel Zeit verloren gegangen. Das hat die Preise bereits um zehn Prozent in die Höhe getrieben“. Nennt man das seriöse Kostenrechnung im Rathaus? Oder sollte hier nur Stimmung gegen das demokratische Instrument „Bürgerbegehren“ gemacht werden? Waggumer Bürgerinnen und Bürger sowie Badegäste aus dem Umland erinnern sich, wie sie von der Stadt regelrecht an der Nase herumgeführt wurden. Noch 2006 lobte Jürgen Scharna (SPD), Geschäftsführer der Stadtbad GmbH, den Gemeinschaftssinn in Waggum, sich für die Existenz des kleinen, aber feinen Bades

einzusetzen. Bezirksbürgermeister Kliesch (CDU) machte den Betroffenen Hoffnung, als er den Defizitbetrag dieses Bades in Höhe von 30.000 Euro jährlich als „lächerlich gering“ bezeichnete.

Die Stadtbad GmbH teilte 2008 mit einer guten Portion Eigenlob mit, zur Zeit investierten zahlreiche Waggumer freiwillig viele Stunden ihrer Freizeit, um unter der Regie der Stadtbad GmbH das Freibad saisonfähig zu machen. Da war die Schließung des Bades aber schon längst beschlossen. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, den Waggumern von einem längerfristigen Engagement für ihr Freibad abzuraten?

Im gleichen Jahr meinte OB Dr. Hoffmann dann zum möglichen Erhalt des Waggumer Freibads: „Aber wenn eine Bürgerinitiative auf uns zukommt, werden wir das prüfen. Es müsste sich ein Verein gründen, der uns seine Bäderkonzeption und den Nachweis der Nutzer vorlegt.“

Dabei dürfte Hoffmann entgangen sein, dass es bereits seit 2001 den Förderverein „Schwimmbad Waggum e.V.“ gibt, der sich nach Kräften für den Erhalt des Waggumer Freibads einsetzt. Kurz darauf gab Scharna (SPD) bekannt: „Das Freibad Waggum ist in die Jahre gekommen. Es ist fertig.“ Der SPD-Ortsverein für Dibbesdorf, Schapen und Volkmarode konterte: „Wahlversprechen glatt gebrochen.“ So heißt es im Leitbild der SPD für Braunschweig aus

dem Kommunalwahljahr 2006: „Die dezentrale Versorgung mit Schwimmbädern für Freizeit-, Breiten- und Leistungssport soll erhalten bleiben.“

Aber es geht noch scheinheiliger: Bis zum heutigen Tage wirbt die Stadtbad GmbH auf ihrer Internet-Seite: „In einer idyllischen Stadtrandlage ...befindet sich Braunschweigs einziges unbeheiztes Freibad Waggum. Sowohl Schwimmer wie auch Erholungssuchende fühlen sich in diesem familiären Bad pudelwohl.“

Im Rahmen einer Anhörung gemäß Niedersächsischer Gemeindeordnung wurde dann am 13. 2. 2007 beschlossen, das Waggumer Freibad von einer Schließung auszunehmen, in ein Naturbad umzubauen. Nichts geschah.

In einer Bürgersprechstunde in Waggum wurde darüber hinaus deutlich, dass im Gebietsänderungsvertrag von 1974 der ehemals selbständigen Gemeinde Waggum der Erhalt ihres Freibads zugesagt worden war.

OB Dr. Hoffmann meinte, er müsse den Vertrag prüfen lassen. Eine Rückmeldung gab es jedoch nicht.

Erst eine Einwohnerfrage im Rat der Stadt Braunschweig brachte Klarheit: Ja, es gibt eine derartige Klausel, die sei jedoch durch „konkludentes“ (einvernehmliches) Handeln aufgehoben worden.

Der damalige Vertragspartner, die Gemeinde Waggum, existierte bei dieser Aufhebung aber gar nicht mehr.

Impressum
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
ViSDP: Werner Barnstorff, Pregelstr. 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
redakt. Überarbeitung: Torben Dietrich
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG
Woltorfer Straße 116-118, 31224 Peine

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter
bibs.kostenloses-forum.tk



Eine Startbahn für Stubenhocker

Quelle: DLR

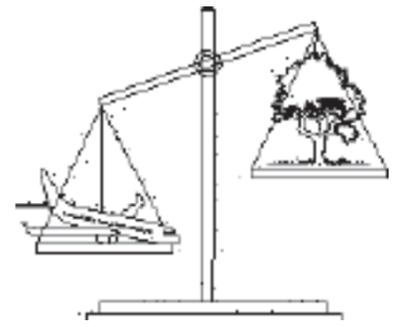
Gerichtsverhandlung über Flughafenausbau eine Farce?
Es sah gut aus für die Natur, das Klima, die Menschen im Osten Braunschweigs: Eine Startbahnverlängerung ist nur mit finanzieller Unterstützung durch die EU möglich, hieß es. Bereits im Juli 2004 hatte diese aber auf Anfrage mitgeteilt, dass „die Europäische Kommission zentrale Flugha-

feninvestitionen (Landebahnen etc.) aus Mitteln der Strukturfonds nicht genehmigt.“ Das sei der Landesregierung mitgeteilt worden. Seither dürfte sich die restriktive Haltung der EU und des Bundes gegenüber einem Ausbau von Regionalflughäfen eher noch verschärft haben. Um doch noch irgendwie die Hände

an den EU-Topf zu bekommen, änderten die Ausbaubefürworter ihre Strategie: Statt für Charter-, Linien- und Werksverkehr, wie ursprünglich geplant, sollte die Startbahnverlängerung nun ausschließlich für die Forschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) in Braunschweig benötigt werden. CDU, FDP und SPD steuerten das Tot-

schlagargument „Arbeitsplätze“ bei, obwohl kein einziger Arbeitsplatz in Sicht ist, der aufgrund einer Startbahnverlängerung zustande käme. Immer wieder aufkommende Planungen der defizitären Flughafen GmbH für weiteren Charterverkehr waren bisher stets an zu geringen Passagierzahlen und nicht an einer zu kurzen Startbahn gescheitert. Auch das DLR konnte nach Meinung vieler Beobachter keine nachvollziehbaren Gründe für eine Startbahnverlängerung vorlegen. Selbst der neue Airbus A320 des DLR taugt nicht für eine derartige Begründung, denn dieses Flugzeug startet und landet auch auf der vorhandenen Bahn. Flugversuche finden in Braunschweig schon seit Jahrzehnten statt, nun sollen dafür zehntausende zum Teil über 200 Jahre alte Bäume fallen. Für das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht schien jedoch das Thema „Forschung“ der rettende Anker gewesen zu sein, um die Startbahnverlängerung doch noch zu genehmigen. So meint beispielsweise „Der Spiegel“ (25/2008): „Es gehe nicht an, dass sich die Landesregierungen die Richter über ihre Justizminister gefügig machen können, indem sie über Beförderungen und Karrieren bestimmen.“ Das Vertrauen der Bürger in die Neutralität der Justiz werde so „sicher nicht gestärkt.“ Das Gerichtsverfahren wurde daher von vielen Beobachtern als Farce angesehen, zumal sich der Schwerpunkt der Luftfahrtforschung in Norddeutschland seit einiger Zeit weitge-

hend nach Hamburg verschoben hat. Zwar bekommt auch Braunschweig nun „als Trost“ ein Zentrum zur Flugsimulation. Doch da wird im Trockenen gearbeitet. Eine Startbahnverlängerung brauchen die Wissenschaftler dafür nicht. Die Enttäuschung bei Anwohnern, den



Initiativen, bei BUND und NABU ist jetzt groß. Ob weitere gerichtliche Schritte unternommen werden, ist noch nicht sicher. Die Prozesse haben viel Geld gekostet und sind weiterhin nur durch Spenden zu finanzieren. NABU-Spendenkonto: Nr. 150 501 369, BLZ 250 500 00, Nord-LB

Politikermund
Manlik (CDU) „Es ist erforderlich, die Schutzverordnung zu erlassen, damit ein Befreiungstatbestand (also die Notwendigkeit eines Eingriffs aufgrund der beabsichtigten Startbahnverlängerung) ausgewiesen werden kann.“
Ratssitzung am 18. 7. 2006.

Müllberg „Millenium“ – Der Fisch stinkt...



Die Staatsanwaltschaft muss Ermittlungen wegen Umweltstraftaten aus Verjährungsgründen einstellen, kristisiert aber das widersprüchliche Vorgehen der städtischen Behörden im Umgang mit dem Müllberg und Müllhändler Lindemann.
Als Chef der Umwelt- und Bau-Abteilungen trägt Oberbürgermeister Hoffmann nicht nur formell die Verantwortung, sondern ist persönlich aktiv geworden, um seine schützende Hand über den Müllhändler Lindemann zu halten: Soweit aus den Akten nachzuvollziehen, haben einzelne Mitarbeiter der Verwaltung in der Vergangenheit immer mal wieder Vorstöße unternommen, um die rechtswidrigen Zustände auf dem Gelände der alten Dampfzigelei am Madamenweg abzustellen. Oberbürgermeister Hoffmann hat das aber „nicht mitgetragen“, so steht es jedenfalls in den Akten. In der Angelegenheit „Müllberg“ stinkt der Fisch also vom Kopf her. Die Politik tat jahrelang ein Übriges: angefangen bei den Ratsherren Rackwitz bis Tartsch (beide SPD), über Lenz (Ex-Staatsanwalt und CDU-Ratsherr) bis Sehrt (CDU) haben sich die Parteien (mit Ausnahme der Lin-

ken, die den Skandal vor 1 1/2 Jahren aufdeckten), mehr oder weniger aktiv für Lindemanns „Visionen“ einspannen lassen. Sogar ein Freundeskreis für das „Projekt Millenium“ wurde gebildet, dessen Vereinsakten im Gericht nun auch noch verschwunden sind. Die große Verbundenheit zwischen Politik und Lindemann wurde durch zwei Wahlauftritte von OB Hoffmann deutlich, die er mit viel Tam-Tam in der Millenniums-Halle feierte. Weiterhin gestattete der Braunschweiger CDU-Kreisverband auf seinem Parteigrundstück am Gieseler Wall Lindemanns Restaurant „Okerblick“. Im Gegenzug wurde die CDU von Lindemann mit Parteispenden bedacht. Kurz gesagt: Lindemann ist es gelungen, parteiübergreifend die Politiker und Verwaltungsspitzen für sich einzuspannen. Dazu kamen die Beziehungen über den Ex-Staatsanwalt Lenz im Freundeskreis, dann in die Kultur und Wirtschaft, wo man von großer Kunst im Amphitheater bis heute träumt und sogar AIDA-Aufführungen mit lebendigen Elefanten für möglich hält. Zwar machen mal immer wieder Ideen wie die vom Weinbau an den Südhängen des Müllbergs (von der CDU-Ratsfrau Ochmann) oder der Plan eines Amphitheaters und die Erschließung des Müllbergs als Kunst-Skulpturen Park der Hochschule für Bildende Künste die Runde. Letztlich aber steht dieser Müllberg am Rande der Stadt für die in Form gegossene Dummheit der Verantwortli-

chen und repräsentiert die Gewissenlosigkeit oder Inkompetenz der politischen Parteien SPD, CDU, FDP und Grüne. Denn sie alle haben diesen Müllberg zwischen 1986 und 2007 wachsen lassen.

Alt-Deponie oder Alt-Ablagerung

Die Stadtverwaltung möchte nun den Riesenhaufen als Alt-Ablagerung deklarieren; dann bräuchte nichts groß gesichert zu werden. **Als Alt-Deponie dagegen unterläge der Müllberg der Sicherungspflicht und Deponie-Nachsorge gemäß Umwelt- und Deponierecht.** Die Forderung kann jetzt nur noch lauten, diese Alt-Deponie als solche ordnungsrechtlich auch anzuerkennen. Das hieße: Abdichtung des ganzen Berges mit den dafür vorgeschriebenen Dicht- und Sicherungsfolien, um ein Eindringen von Wasser zu verhindern. Dazu die Nachsorge, wie es das Umwelt- und Deponierecht vorschreibt. Schlimm genug, was den Anwohnern über Jahrzehnte hinweg dort zugemutet worden ist. Ein Anwohner, der seit über zwanzig Jahren – von Politikern und Behörden unbeachtet – gegen diese Umwelt-Sauereien seine Stimme erhoben hat, kann nur bitter anmerken: „Lindemann hat das Geld und die Stadt das Problem...“

Peter Rosenbaum
Ratsherr der Stadt Braunschweig
Siehe: <http://bibs.kostenlosforum.tk>

Ausrottungsmentalität im Nationalpark Harz

Nationalparke sind Gebiete, die wirtschaftlich nicht genutzt werden und von menschlichen Einflüssen verschont bleiben. So will es jedenfalls das Gesetz. Nicht so im Nationalpark Harz, nicht so in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Aufgrund der Länderhoheit in Sachen Naturschutz hat es eine Förster- und Jägerlobby geschafft, im niedersächsischen Teil des Nationalparks eine bittere andere Realität zu schaffen. Jährlich werden bis zu 80000 Festmeter Holz „geerntet“, und im letzten Jagdjahr wurden genau 390 Hirsche getötet. Das sind – auf die Fläche des niedersächsischen Teils des Nationalparks bezogen – 64 Prozent mehr Abschuss als im gesamten restlichen Gebiet des Rotwildringes Harz. Holzausräuberung und Ausrottungsmentalität stellen den Nationalparkgedanken auf den Kopf. Praktisch ist es die Privatisierung öffentlichen Eigentums ‚Nationalparknatur‘ durch Regierungsbeamte und private Jäger. Diese



Zustände kosten den Steuerzahler in 50 Jahren unnötige 300 Millionen Euro mehr als nötig. Sie ruinieren den Naturtourismus im Harz und widersprechen dem lange bekannten biologischen und ökologischen Kenntnisstand. Kräftige, in der Natur besonders überlebensfähige Tiere, die starke Geweihe tragen, werden im Nationalpark in jungem Alter abgeschossen. Außerhalb des Parks ist es noch schlimmer: Hier wird ohne Rücksicht auf das Alter geschossen. NABU und BUND in Niedersachsen sollen zum Schweigen gebracht werden, indem man diesen Verbänden ‚Nationalparkhäuser‘ zur Verfügung stellt. Gegen den skandalösen Mißbrauch des Nationalparkgedankens wendet sich die buergereininitiative-nationalpark-harz.de. Das Bundesamt für Naturschutz und der Deutsche Naturschutzring unterstützen die Position der Bürgerinitiative Nationalpark Harz.

Motorsägen wüten in der Brut- und Setzzeit

Am 24. Juni ließ die Altenheim-Stiftung St. Thomahof in der Feuerbachstraße, östliches Ringgebiet, Bäume fällen. Weil sich einige wenige Nachbarn über „mangelndes Licht“ beschwert hatten, wüteten mitten in der Brut- und Setzzeit für drei Tage die Motorsägen und fällten sechs völlig gesunde Buchen. Noch vor einigen Jahren galt innerhalb der Stadt



eine eigene Baumschutzsatzung, um die Bäume und damit ihre wichtige Funktion für die Reinhaltung der Luft zu schützen. Aber seit dem Fall der Verordnung im Jahr 2002 wird ohne jegliche Rücksichtnahme auf Natur und Umwelt gefällt. Die Äußerung des herbeigerufenen Firmenchefs des Landschafts- und Gartenbau-Unternehmens spricht für sich: „Wieso soll ich Rücksicht nehmen? Die Stadt hat doch im Schlosspark auch mitten in der Brut- und Setzzeit abholzen lassen“. Im Vorstand sitzen Bürgermeisterin Kükellhan (SPD) als Vorsitzende und Ratsherr Wendroth (CDU).

Schlagzeilen

Stadt plündert Nibelungen

Schlagzeilen

Niedersächsische
Kommunalprüfungsanstalt
rügt Stadt

Gemäß Prüfbericht sind „Ausschüttungsquoten nahe oder über 100 % grundsätzlich unzulässig“ (Prüfbericht S. 173).

Das Prüfamts rechnete der Stadt vor, daß zu lasten der städtischen Tochter NiWo Ausschüttungsquoten von 88,3% (2003), 61,8% (2004) und sogar 114,1% im Jahre 2005 abverlangt worden sind. Das sei ein Verstoß gegen § 114 Abs. 2 Niedersächsischer Gemeindeordnung.

20 Mio. aus Nibelungen
Wohnbau herausgeholt

Die Stadt brauchte Geld, deswegen wurden Wohnungen verkauft.

2003: 1,5 Mio. 73 Wohnungen,

2004: 2,8 Mio. 126 Wohnungen,

2005: 4,2 Mio. 284 Wohnungen,

2006: 4,8 Mio. 182 Wohnungen,

2007: 6,5 Mio. rd. 300 Wohnungen

Den Mietern werden die Wohnungen übrigens nicht zum Kauf angeboten.

● „Desinvestitionsprogramm“

für Nibelungen-Wohnbau. Leider kein Scherz, sondern wirklich die städtische Logik im Umgang mit eigenen Vermögenswerten: Im Geschäftsbericht 2006 der NiWo-Bau nachlesbar, es existierte ein „Desinvestitionsprogramm“ 2004–2007 für die städtische Wohnungsgesellschaft Nibelungen Wohnbau, um noch mehr Liquidität bei NiWo abzuziehen und in die Stadtkasse zu vereinnahmen.

● 100 Millionen Schulden

„Die Nibelungen hat zur Zeit ein Fremdmittelvolumen von 99,7 Mio. Euro... mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,6 % pro Jahr“ (Machbarkeitsstudie der BBD S. 44). Der Unternehmenswert beträgt rd. 160 Mio.

● Leerstandsquote mit 8,7%
bei NiWo unverändert hoch.

Damit liegt die NiWo bei Leerständen deutlich höher als z. B. die Braunschweiger Baugenossenschaften wie BGG und Wiederaufbau mit Leerstandsquoten zwischen 6,0% bis 6,5%. Insbesondere stehen bei der Nibelungen Drei-Zimmerwohnungen leer. Diese müssten dringlich den Markterfordernissen angepasst und umgebaut werden.

Bellis aus „Versehen“
begünstigt

Der veolia-Tochtergesellschaft bellis wurde seitens der Stadt „...zur Erreichung kommunalkreditähnlicher Konditionen“ bei der Refinanzierung eigener privater Geschäfte bürgerschaftsähnliche „Fortfälschungen“ für Bankkredite bis zu 1,8 Mio. jährlich zugesichert. Diese einseitige Verpflichtungserklärung gegen die Stadt hat OB Hoffmann im Oktober 2005 höchstpersönlich unterschrieben, als bellis/veolia den Auftrag zur Bewirtschaftung der öffentlichen Lichtanlagen und Ampeln übertragen wurde. Der Auftragnehmer könnte daraufhin Kredite bei einer Bank ziehen, wofür die Stadt dann ohne Wenn und Aber gerade stehen müsste (Kredite bis zu rd. 1,8 Mio. pro Jahr wären möglich). Dazu erklärte die Verwaltung: „Leider sei diese einseitig gegen die Stadt wirkende Verpflichtung aufgrund eines Redaktionsversehens nicht aus dem Vertragstext gestrichen worden. Bislang tauchen solcherart Risiken aus schuldähnlichen Verpflichtungen nirgendwo im Stadthaushalt auf, weshalb das auch über drei Jahre im Rat niemandem auffiel. Erst ein Akteneinsichtsverlangen der BIBS zu den Privatisierungsverträgen brachte das ans Tageslicht.“

Versprechen gebrochen

2005 wurde von der Stadt öffentlich versprochen, der neue Betreiber der Stadtentwässerung werde die Abwassergebühren zehn Jahre nicht erhöhen. Anlässlich der Privatisierung der Abwasser-Wirtschaft 2005/2006 und anlässlich der damals anstehenden Kommunalwahl versprach der Oberbürgermeister für mindestens 10 Jahre Preisstabilität für Abwasser.

Benutzungsgebühren:

2005 36,37 Mio. (Ergebnis)

2006 36,99 Mio. (Ergebnis)

2007 37,05 Mio. (Ergebnis)

2008 40,76 Mio. (Planansatz)

2009 42,18 Mio. (Planansatz)

2010 43,43 Mio. (Finanzplanung)

2011 44,73 Mio. (Finanzplanung)

2012 46,08 Mio. (Finanzplanung)

(Quelle: Erfolgsplan der Sonderrechnung Abwasser im Haushaltsplan 2009 der Stadt BS). Zwischen 2005 und 2012 wären das immerhin Gebührenerhöhungen in absoluten Zahlen von rd. 10 Mio. – oder pozentual 28%.

Tatsächlich hat BS-Energy dies Versprechen sofort gebrochen: Erhöhung 2006: 1,6% / 2007: 5,7 % / 2008: 4,3 % / 2009: 3,7%



Der Börsencrash der Immobilienbranche macht deutlich: Die Existenz kommunaler Wohnungsunternehmen als Gegengewicht zum freien Markt ist unverzichtbar.

Ohne die Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo) wäre das Recht auf angemessenes Mietwohnen für alle gefährdet, wäre das Mietpreisniveau dem freien Markt überlassen und würde die Gestaltung sozialer Räume zum Spekulationsobjekt verkommen. Doch diese Erkenntnis scheint bei der Stadt Braunschweig nicht angekommen zu sein. Schlimmer noch: Anstelle die städtische Tochter auf dem hiesigen Wohnungsmarkt zu stärken, wird sie regelrecht ausgeplündert.

So wurde die NiWo gezwungen, im Zeitraum von 2002 bis 2007 eintausend ihrer damals rund 8000 Wohnungen zu verkaufen und den Verkaufserlös vollständig an die Stadt abzuführen. Darüber hinaus war und ist der Gewinnabzug aus dem normalen Mietwohnungsgeschäft an die

Stadt dermaßen hoch, dass das Unternehmen nicht mehr in der Lage ist, wichtige Aufgaben zu übernehmen. Handlungsbedarf besteht aber fast überall, verzeichnet die NiWo doch im Vergleich zu anderen Wohnungsunternehmen in Braunschweig überdurchschnittlichen Leerstand und Sanierungsbedarf. Zusammen mit allgemein notwendigen Qualitätsverbesserungen beläuft sich der Sanierungsstau auf etwa 60 Mio. €, wie jüngst eine Studie der Berliner Beratungsdienste (BBD) bestätigte.

Eine Schwächung der NiWo bedeutet nicht nur eine Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit und Bedeutung des kommunalen Unternehmens auf dem Wohnungsmarkt.

Die Stadt setzt auch die dringend notwendige Gestaltungsmöglichkeit des Mietsektors aufs Spiel (Schaffung von Kleinraumwohnungen oder Ähnliches).

Jüngster Streich der Stadtverwaltung ist die Übertragung sozial genutzter

und sanierungsbedürftig aussehender Liegenschaften an die NiWo. Zwar wird mit dieser Übereignung die Gesellschafter-Einlage der Stadt bei der Nibelungen Wohnbau um 50 Prozent erhöht, gleichzeitig steigt aber auch rechnerisch der Geldbetrag, den sich die Stadt jährlich entnehmen kann, ohne bei der Kommunalprüfungsanstalt wegen zu hoher Gewinn-Entnahmen aufzufallen. Die Ausplünderungsschraube scheint sich also weiter zu drehen.

Unter solchen Bedingungen wird sich die NiWo nicht dauerhaft auf dem Wohnungsmarkt halten können. Bleiben zwei Fragen an die Politik-bestimmenden Parteien der Stadt Braunschweig.

Soll die Nibelungen Wohnbau auf kaltem Weg kaputt gemacht werden oder geht es nur darum, das Hoffmann'sche „Haushaltswunder“ vor dem Zusammenbruch zu retten? Die NiWo-Initiative will eine Stärkung der NiWo, denn (Miet-)Wohnen ist Menschenrecht.

Der Ruf „Privat vor Staat“
ist verstummt!

Verstärkt seit Zuspitzung der Finanzkrise orientieren sich die Städte und Kommunen um: Weg von Privatisierung, raus aus „toxischen“ Finanzmodellen wie Cross Border Leasing und Public private partnership – wo nur irgend möglich.

Die Meinung in der BIBS-Fraktion ist eindeutig: „...Die zweitägige Tagung hat eindrucksvoll gezeigt, dass sich Städte wie Braunschweig mit ihren kommunalen Privatisierungsbestrebungen auf einem „Irrweg“ befinden. Nach Christian Ude (SPD) dürfe die Privatisierung heute als „ein gescheitertes Patentrezept“ gesehen werden.“

Warum hört man darüber nichts aus dem Braunschweiger Rathaus? Vor einem Monat tagte der letzte Städtetag. Zwei Delegierte aus Braunschweig waren auch dabei: Ratsherr Pesditschek (SPD) und Ratsherr Grziwa (CDU). Zurückgekehrt, blei-

ben sie merkwürdig stumm, der Oberbürgermeister wollte gar nicht erst hinfahren. Was ist aus dem „Vorbild“ von einst geworden, dem „Leuchtturm“ Braunschweig, an dem sich noch vor drei Jahren alle anderen Städte orientieren sollten? Nach gescheiterten Privatisierungen debattieren bereits eine Reihe von Städten notwendige Re-Kommunalisierungen.

„Ohne starke Städte
kein Weg aus der Krise“

Münchens OB Christian Ude folgert aus dem Irrweg: „Das Ganze zurück!“ An vielen Orten hat sich seiner Meinung nach die Privatisierung als „ein Schuss in den Ofen“ erwiesen: „Deshalb haben wir Anfang dieses Monats mit Vergnügen gehört, dass jetzt ein ganz anderes Programm angesagt ist: Die Re-Kommunalisierung, eine Aufbruchsstimmung und neue Gründerzeit in der Kommunalwirt-



schaft!“ Nicht so in Braunschweig, wo schon die nächste Privatisierung – diesmal der Gebäudewirtschaft – vorbereitet wird. Weil alles andere wie Energie- und Wasserwirtschaft, Müllabfuhr und Wohnungen bereits verscherbelt wurde, steht Braunschweig nun in der Krise fast ohne Vermögen da. Nichts ist mehr mit Braunschweiger „Haushaltswunder“ als Modell auch für andere Städte. Deswegen hat sich Oberbürgermeister Hoffmann auf dem Städtetag lieber erst gar nicht sehen lassen; übrigens, Wolfsburgs OB Schnellecke war da...

<http://niwo4bs.wordpress.com>

Überhöhte Netzentgelte

2007 sollten die Netzentgelte bei bs-energy für Strom um 11,9% und für Gas um 7,2%, im Jahre 2008 sogar um 27,7% erhöht werden. Die Erhöhungen wurden jedoch von der Bundesnetzagentur nicht genehmigt. Anfragen an die Aufsichtsratsmitglieder OB Hoffmann, Kükelhan (SPD) und Sehr (CDU), wie sie die Braunschweigerinnen und Braunschweiger vor offensichtlich ungerechtfertigten Gebührenerhöhungen bei bs-energy dank ihres Mandats schützen wollen, blieben unbeantwortet.

Selbst mehrfache schriftliche Anfragen an Frau Kükelhan (SPD) – gewähltes Ratsmitglied der SPD-Fraktion – hatten keinen Erfolg. Bürgernähe und Schutz vor versuchter Willkür finden hier offenbar kein Interesse.

80 Abwasser-Gebührenerhöhungen in Braunschweig
anhängig

Im Zuge der Schulden-Debatte durch die vorige Ausgabe dieser Zeitung kam heraus: Bürger wehren sich und wollen die teure Zeche nicht bezahlen. So musste die Verwaltung jetzt bekanntgeben: „Die Höhe der Abwassergebühren nach der Privatisierung des Stadtentwässerungsbetriebes sind Gegenstand von rd. 80 Rechtsstreitigkeiten.“

ALBA geholfen

Der Bau-Ausschuss hatte in seiner Sitzung am 3. 2. 2009 beschlossen, dass der Oberbürgermeister ermächtigt werden soll, „vorübergehende Ausnahmen vom Verbot, Salz auf Gehwegen zu streuen, zuzulassen, wenn dies bei besonderen Gefährdungen für den Fußgängerverkehr notwendig ist.“

Der Verdacht kam auf, dass abgelenkt werden sollte von den nicht geräumten Straßen und Schlechtleistungen des an ALBA privatisierten Stadtreinigungsbetriebes.

Salz auf die Straßen und Wege, obwohl das aus Umwelt- und Gewässerschutzgründen eigentlich nicht sein darf? Wie von Salz angegriffen reagierte der Oberbürgermeister in der Ratssitzung am 17. 2. 2009 auf Vorhaltungen zur Freigabe von Auftausalz:

Auf die Vorhaltungen,

– ALBA kassiere auch rd. 710.000 für Winterdienst ohne die Leistungen erbracht zu haben,

– der OB habe 2004 höchstpersönlich in einem „Klarstellungsvertrag“ die pauschale Bezahlung für ALBA noch um 30% erhöht;

– ALBA habe inzwischen weder das Personal noch den Fuhrpark für mechanische und Hand-Reinigung,

– der OB werde von ALBA vorgeschickt, um das Streusalzverbot aufzuheben,

... verlor Oberbürgermeister Hoffmann seine Fassung und quitierte die einzelnen Punkte mit „Helau“- Rufen.

Die Salzfreigabe auf Gehwegen wurde von der Einstimmen-Mehrheit CDU/FDP/Oberbürgermeister gegen die Stimmen von SPD/Linke/Grüne/BIBS beschlossen.

Wussten Sie schon?

– dass zwar Gebühren, wie gesetzlich festgelegt, immer nur die Kosten der Leistung decken sollen, aber ALBA im Privatisierungsvertrag jährlich gemäß Index steigende Leistungsentgelte zugestanden wurden auch für Personal und Maschinerie, das gar nicht mehr in Braunschweig im Einsatz ist?

– dass jetzt für Sperrmüll an ALBA extra bezahlt wird, was früher in Ihren Müllgebühren schon mit enthalten war?

– dass für Elektrozycling und Reinigung des Straßenbegleitgrüns auch noch extra Vergütungen an ALBA erfolgen?

– dass die Stadt in Folge der Privatisierung jährlich ca. 6 Mio. mehr an ALBA zu zahlen hat, gegenüber den Kosten, die bei einer Selbsterledigung für Stadtreinigung und Müllabfuhr anfallen würden?

– dass neben ALBA drei weitere Abteilungen mit Stadtreinigungen tätig sind:

● ALBA ist offiziell mit Straßenreinigung beauftragt, bezahlt aus den Gebühren der Bürger,

● städtisches Grünflächenamt mit eigenem städtischen Personal,

● Ein-Euro-Beschäftigungsprojekte in städtischer Regie zum zusätzlichen Kippensammeln rund um Bohlweg und in der Innenstadt bis hin zur Hundehaufen-Beseitigung in Parks,

● Reinigungsdienst der Verkehrs-AG.



„Service Mobil“ der Verkehrs-AG, hundertprozentige Tochter der Stadt: „Wir reinigen für Sie.“

Weiter von Seite 6

gewollt zur Blütezeit Pollen von GVO-Pflanzen oder zur Erntezeit gar vermehrungsfähiges Material aus diesem Horrorgarten der Gentechnik herauszutragen und unkontrolliert in die Umgebung im ganzen Land verschleppen. Während ansonsten die Sensibilität für die weiträumige Eintragung fremder Arten, sogenannter invasiver

Arten, wächst, kann man hier fragen, ob nicht gewissermaßen weiträumige Kontamination der Umwelt mit GVO organisiert wird. Eigentümerin dieser Flächen ist pikanterweise die Teilstiftung Braunschweig der SBK – verwaltet werden die Flächen von der Niedersächsischen Liegenschaftsverwaltung (GLL).

Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) und Gen-Lobbyismus

Hier einmal ein Einblick in die Runde der Personen, die in Gremien der Stiftung mitwirken, die Grundeigentümer des Gen-"Schaugarten" in der BioTechFarm in Üplingen ist: Mitglieder im Stiftungsrat sind etwa: Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann, Rechtsanwalt und Ex-CDU-Vorsitzender Dr. Bernd Huck, Ex-Ministerpräsident Gerhard Glogowski.

Weitere Braunschweiger Persönlichkeiten sind als „Mitwirkende“ im Stiftungsrat unter anderem: Prof. Hesselbach (Präsident der TU Braunschweig), Wolfgang Gropper (Generalintendant des Staatstheaters) und Dr. Annette Schwandner (Niedersächsisches Kultusministerium)

Siehe: <http://sbk.gingco.net/default.asp?NAV=24>.

Ob die Genannten vom Aufbau des größten Gentechnik-Anbaugesbietes wussten, sollte geklärt werden. Ebenso sollte die Rolle der niedersächsischen Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) untersucht werden. Diese gehören zur Landesverwaltung – und genau in ihnen sitzt die Abteilung, die für die SBK die Pachtverträge mit den Gentechnikfirmen vermittelt hat.

Zu diesem Zweck hatte die Redaktion die Stiftung sowie die auf der Homepage der Stiftung genannten Personen bereits am 21. 7. 2009 um eine Stellungnahme gebeten. Der Direktor der Stiftung bat um Verlängerung der Frist und kündigte Einlassungen an. Die Frist verstrich leider ungenutzt. Wer mehr über dieses Projekt wissen will, sollte bei

www.biogeldfarm.de.vu nachschauen.



Residenz der Stiftung am Löwenwall

Willkürmaßnahmen staatlicher Behörden gegen Umwelt-Aktivistin von Robin Wood

Die vorbeugende Inhaftierung der Umwelt- und Robin Wood – Aktivistin Cécile Lecomte im Vorfeld des letzten Castor-Transports schockte die Braunschweiger Öffentlichkeit.

Dann kamen bei einer Ortsbesichtigung der Braunschweiger Vorbeugehaftanstalt auch noch an den Wänden hängende Fesselungsfotos ans Tageslicht, die man eher in Guantánamo erwartet hätte.

Die Bilder wurden nach entsprechenden Protesten zwar abgehängt und die Polizeidirektion versicherte in einem Brief an die BIBS-Fraktion, man sei nun „den Forderungen des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung nachgekommen“.

Die Verfolgungsmaßnahmen gegen Cécile Lecomte gingen aber auf anderer Bühne weiter: So hatte die Braunschweiger Staatsanwaltschaft mit

Strafbefehl praktisch zeitgleich im Januar das "besondere staatliche Interesse" an einer Strafverfolgung angemeldet und zwar gegen Cécile Lecomte und nicht etwa die Verantwortlichen dieser Haftanstalt. Indem sie sich hätte tragen lassen, hätte Lecomte vorsätzlich in Kauf genommen, dass sich zwei Beamte in der Gewahrsamstelle an Hand und Finger verletzt hätten.

Nach einem Artikel mit dem Anschauungsmaterial aus der Braunschweiger Vorbeugehaftanstalt in der gedruckten Zeitung „Unser-Braunschweig“ Ende April kam dann die Erfolgsmeldung von Cécile: Die Staatsanwaltschaft Braunschweig stellte auf Staatskosten das Verfahren ein.

Das Problem staatlicher Willkür ist damit aber noch nicht gelöst: Der Paragraph zur Vorbeugehaft ist aus dem Niedersächsischen Polizeigesetz ganz zu streichen.



Wachsam gegenüber staatlicher Willkür: Hier anlässlich der vorbeugenden Inhaftierung der Robin Wood-Aktivistin Cécile Lecomte in der Braunschweiger Spezial-Sonderhaftanstalt am 9.11.2008 in der Friedrich-Voigtländer-Straße.



Genmais-Feld-Räumung durch die Stadt am 28. 4. 2009

Zur Ratssitzung im Mai wurden seitens der BIBS-Fraktion folgende Fragen an den Oberbürgermeister gestellt:

1. Die Fraktionen bzw. Ratsgremien wurden erst nach erfolgter städtischer Intervention am Genmaisfeld durch den Oberbürgermeister von der Absicht bzw. Erklärung der Zuständigkeit als Versammlungsbehörde informiert. Eine bürgerlich offene Kommunalverwaltung steht aber nicht nur auf dem einen Standbein der berufsmäßigen Ämter und Administrationen, sondern stützt sich entscheidend auf das zweiten Bein der gewählten Ratsgremien aus der Bürgerschaft.

Sieht die Verwaltung sichergestellt, dass solche Alleingänge bei gesellschaftlichen Brennpunkt-Fragen wie Atom- und Gentechnik zukünftig unterbleiben?

2. Weder ist das Gelände, welches einseitig durch die Amtsverfügung zum Versammlungsort deklariert wurde, städtisch, noch gab es dort eine öffentlich zugängliche Versammlung.

Warum sah sich die Verwaltung verpflichtet, sich trotzdem in die Angelegenheit einzumischen?

3. Wer ist Kostenträger des Einsatzes mit schwerem Gerät der städtischen Feuerwehr sowie des für den Einsatz herbeizitierten Personals von Stadt,

Feuerwehr und Polizei?

In einer Antwort vom 15. Juli 09 bestritt die Stadtverwaltung, sich ungefragt „eingemischt“ zu haben und pocht auf ihre Zuständigkeit als „Versammlungsbehörde“. Man habe "im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung entschieden“.

Für die Kosten des aufwändigen Einsatzes von Polizei und Feuerwehr wolle man „im Wege der Ersatzvornahme zur Kostentragung“ die auf dem besetzten Gelände am 28. 4. 09 angetroffenen Personen heranziehen.

Homepage der BIBS-Fraktion im Stadtrat: www.bibs-fraktion.de

Bündnis für eine gentechnikfreie Region im Braunschweiger Land gegründet.

Bislang gibt es keine Bauern, die in Braunschweig oder im Braunschweiger Land gentechnisch veränderten Mais anbauen.

Dies soll nach dem Wunsch vieler Menschen auch so bleiben, und so haben die Initiative „Keine Gentechnik-Experimente in Braunschweig“,

die oekoscouts Braunschweig, die BUND Gruppen Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel und Salzgitter, der NABU Wolfenbüttel, die Kernbeisser VEG, Wild-Ess-Kraut und der Lindenhof Eilum ein „Bündnis für eine gentechnikfreie Region Braunschweiger Land“ gegründet.

Es wird eingeladen, die Erklärung dieses Bündnisses zu unterzeichnen und sich für das Ziel einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft zu engagieren.

Die Homepage des Bündnisses ist zu erreichen unter www.region-bs-gentechnikfrei.de.

Freiheit! – Auch im Internet



Jens-Wolfhard Schicke, 22, studiert Informatik an der Technischen Universität. Er ist Mitglied der Piratenpartei und engagiert sich dort besonders für die Bereiche Bildung und Datenschutz. Um diese Themen besser umsetzen zu können, kandidiert er zur Bundestagswahl am 27. 9. als Direktkandidat für den Bezirk Braunschweig.

BKA-Gesetz, Zensurverträge, Zensurgesetz: Das klingt alles beklemmend, irgendwie nach Iran oder China, jedenfalls nicht nach Freiheit und Demokratie. Was aber versteckt sich dahinter? Gerade hatte man sich damit abgefunden, dass einige Anbieter wie Telekom oder Arcor freiwillig das Internet zensurieren. Dann wurden alle anderen per Gesetz gezwungen, die Zensurinfrastruktur ebenfalls vorzubereiten. Ziel soll es sein, Kinderpornos im Internet unzugänglich zu

machen. Dass das Gesetz für eine Dauer von drei Jahren verabschiedet wurde, zeigt allerdings die Zweifel, die viele Abgeordnete selbst an der Rechtmäßigkeit ihres Gesetzes und der Verträge haben. Aber anstatt die Zensurverträge mit den Anbietern zurück zu nehmen, wird das Gesetz solange angepasst, bis sich die gleichen Verträge auf einmal als legal darstellen.

Worum es in diesem Gesetz geht, soll noch einmal beschrieben werden. Das „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“, so der offizielle Titel, sieht vor, dass das Bundeskriminalamt (BKA) eine Liste von verbotenen Webseiten führt. Auf diese Webseiten soll dann nicht mehr zugegriffen werden können, stattdessen erscheint ein Stopp-Schild.

Diese Zensurliste wird geheim geführt, die Bürger können also nicht kontrollieren, welche Webseiten tatsächlich gesperrt wurden. Niemand weiß, ob das BKA tatsächlich nur illegale Seiten sperrt, oder auch andere, zum Beispiel politisch unliebsame Seiten. Leider hat sich aber gerade das BKA in der Vergangenheit nicht unbedingt als Hort der Bürgerrechte erwiesen.

Tatsächlich hat sich auch bewahrheitet, wovon die Piratenpartei schon länger warnt: Wenn die Zensur erst einmal möglich ist, wollen auch andere mitzensurieren. Ganz vorne angestellt haben sich dabei die Rechteinhaber für

Musik und Filme. Was sie sich wünschen, ist klar: Die Möglichkeit, jederzeit jede Webseite zu sperren, um so das „illegale“ Herunterladen von Musik und Filmen zu verhindern. Von den Begehrlichkeiten der Privatwirtschaft in diese Richtung werden wir in Zukunft leider noch häufiger hören.

Das Internet darf kein bürgerrechtlicher Raum sein. Dort, wo sich immer mehr Menschen tagtäglich informieren, hat Zensur keinen Platz. Das Zensurgesetz ist leider nicht das einzige Gesetz der letzten Zeit, das die Bürgerrechte im Internet einschränkt. Immer mehr Menschen fordern daher eine Abkehr von derartigen Überwachungsstendenzen hin zu mehr Freiheit – auch im Internet. Die mehr als 130.000 Bürger, die über den Petitionsausschusses des Bundestages gegen das Zensurgesetz protestiert haben, sind keine Kinderpornofreunde. Sie fordern lediglich Informationsfreiheit im Netz. So ist auch zu erklären, wie wir als Piratenpartei es geschafft haben, unsere Mitgliederzahl innerhalb weniger Wochen zu verdreifachen.

Die Piratenpartei trifft sich in Braunschweig regelmäßig, am 1., 3., und 5. Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im „Dialog“.

Wer sich dazugesellen möchte, ist natürlich immer herzlich willkommen.

Jens-Wolfhard Schicke

Informationen zum Bündnis: <http://versammlung.diegedankensindfrei.org>

Stolperstein für Hermann Bode

Hermann Bode (1911–44) war Braunschweiger Stadtverordneter in der Weimarer Zeit und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus.

Er stammte aus ärmlichen Verhältnissen, die ihm keine höhere Schulbildung erlaubten. Weiterbildung fand er jedoch im Kommunistischen Jugendverband, wo Heinrich Rodenstein, der spätere Begründer GEW, sein Lehrer wurde. 1931 war er als Kandidat der KPD der jüngste Stadtverordnete in Deutschland.

Er arbeitete eng mit der SPD zusammen gegen den heraufziehenden (und in Braunschweig bereits an der Macht beteiligten) Nationalsozialismus. 1933 wurde er verhaftet und bis 1939 im KZ Dachau inhaftiert. Während er zu Beginn des Krieges als „wehronwürdig“ galt, wurde er 1943 zum Kriegsdienst im berüchtigten Strafbataillon 999 einberufen. Es folgte ein Einsatz in Griechenland. Dort wurde er wegen Kontaktaufnahme zu den griechischen Partisanen von einem deutschen Militärgericht zum Tode verurteilt und am 6. Juni 1944 erschossen. Die griechische Bevölkerung legte noch lange Blumen auf die Stelle, wo man ihn verscharrt hatte.

Am 18. 3. 2009 hielt Helmut Kramer, ehemaliger Richter am Oberlandesgericht Braunschweig, im Vorfeld der Stolperstein-Aktion eine Gedenkrede auf Hermann Bode in der Dornse.

Am 15. 6. 2009 fand eine Gedenkfeier vor Bodes ehemaligem Wohnhaus in der Kaffeetwete 1 statt, wo wiederum Helmut Kramer die Ansprache hielt. Ein Interview mit ihm fand Ende Juni 2009 statt.

Der Vortrag von Helmut Kramer über Hermann Bode ist abrufbar unter www.justizgeschichte-aktuell.de, Rubrik „Kriegsverrat“. Die Redaktion

Interview mit Helmut Kramer:



Warum war Hermann Bode in seiner Heimatstadt Braunschweig bis vor kurzem ein Unbekannter?

H.K.: Die Wahrnehmung des Widerstands gegen Hitler war in den vergangenen Jahrzehnten sehr selektiv. Seit den Adenauerjahren gibt es eine tiefgehende Geringschätzung widerständigen Verhaltens einfacher Bürger. Zu denen zählten nicht zuletzt die Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“, neben den „Kriegsverrätern“, zu welchen Hermann Bode gerechnet wird. Ihnen ist in der Nachkriegszeit die Rehabilitation noch lange verweigert worden. Nur der von den gesellschaftlichen (meist militärischen) Eliten getragene Widerstand galt als zulässig, wie damals ein BGH-Präsident ausdrücklich formulierte: Allein die, welche „aus ernst zu nehmenden Kreisen stammen und demgemäß Beachtung verdienen“, hätten das Recht zum Widerstand gehabt.

Dieses Denken ist heute auch noch latent vorhanden. In Braunschweig selbst achtet man zwar den Wolfenbütteler Oberstleutnant Werner Schrader, aber an den einfachen Soldaten Hermann Bode erinnert kein Straßenschild, kein Gedenkstein, und weder im „Braunschweigischen Biographischen Lexikon“ noch im „Stadtlexikon“ gibt es für ihn einen Eintrag.

Ohne die vorbildliche Biographie von Hans-Peter Klausch (2. Aufl., Berlin 2003), zu der die Stadt Braunschweig nichts beigetragen hat, wäre es überhaupt nicht möglich, sich umfassend über Bode zu informieren.

Inwiefern kann man ihn als Vorbild bezeichnen?

H.K.: Hermann Bode hat dem nationalsozialistischen Regime von Anfang an die Stirn geboten, während die Angehörigen des Braunschweiger „Bürgertums“ kaum Zivilcourage gegenüber dem Nationalsozialismus aufbrachten. Er, der selbst unter äußerst schwierigen Verhältnissen aufgewachsen ist, hat früh Sensibilität für die Nöte der einfachen Menschen gezeigt. Im Kommunistischen Jugendverband hat er dann gesellschaftliches Engagement erlernt.

Der Bundestag will jetzt endlich die Gruppe der „Kriegsverräter“, zu der Hermann Bode gehört, rehabilitieren. Warum hat es so lange gedauert?

H.K.: Dem Deutschen Bundestag liegt seit 2006 ein Antrag vor, jetzt endlich nachzuholen, was man 2002 bei der Rehabilitation von Deserteuren und „Wehrkraftzetzern“ versäumt hat, nämlich die Aufhebung der Urteile gegen Menschen, meist einfache Soldaten, die wegen widerständigem, humanem oder sonst unbotmäßigem Verhalten als „Kriegsverräter“ zum Tode verurteilt worden waren. Auf der Seite der CDU/CSU gibt es jedoch noch immer Politiker, die die sogenannten „Kriegsverräter“ des „verbrecherischen Verrates“ bezichtigen. Und die SPD-Bundestagsfraktion? Sie hat sich bis Mitte 2009 gegen die Rehabilitation gestraubt. Die Gründe: Zwar ist



es schlimm, den von der Wehrmachtstjustiz Ermordeten Genugtuung widerfahren zu lassen und dem Auftrag jedes Abgeordneten zu folgen, nie gegen sein Gewissen zu stimmen. Nach Ansicht der SPD-Fraktion gibt es aber Schlimmeres: Für einen Antrag der „Gott-sei-bei-uns“-nämlich der Linksfraktion zu stimmen.

Erst am 1. Juli 2009, auf massiven öffentlichen Druck, hat die SPD-Fraktion zähneknirschend ihren Widerstand aufgegeben.

Seit dem 13. Juni existiert ein Stolperstein für Hermann Bode vor seinem Wohnhaus Kaffeetwete 1. Am 15. Juni fand eine Ehrung durch den Verein „Stolpersteine“ statt, bei der Frau Bürgermeisterin Harlfinger die Grüße des Oberbürgermeisters als des Schirmherrn der Aktion Stolperstein überbrachte. Sind Sie der Meinung, dass das ausreicht, um Hermann Bode im öffentlichen Gedächtnis der Stadt zu verankern?

H.K.: Nein. Daher begrüße ich die Forderung des Friedenszentrums e.V. Braunschweig, eine Braunschweiger Schule nach Hermann Bode zu benennen. Er ist ein Vorbild für waches politisches Bewusstsein und unerschrockene Tapferkeit im Kampf gegen das Unrecht.

Mummenschanz



Wer glaubt, in Braunschweig wäre allein der Rat der Stadt für das Stadtbild zuständig, irrt. Vor der Öffentlichkeit gut verborgen wird nicht erst seit der Weihefeier für Brunonia und Quadriga am neuen Image der Stadt gewerkelt. Herr Borek hat sich bzw. seiner Richard Borek Stiftung auch die Gestaltung des Ruhfäutchenplatzes vertraglich gesichert. „Der Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem in der Stadt Heinrichs des Löwen“ versammelte sich vom 5. bis 7. 10. 2007 zu seiner „Investitur“ gleich neben dem Rathaus auf dem Ruhfäutchenplatz. So sah Boreks – eigens für diese Zwecke hergerichtete – neue Kultstätte in Ost-West-Richtung vom Steinweg kommend im Oktober 2007 aus: Boreks Christentum-Statue auf dem Ruhfäutchenplatz diente mit flankierenden Jerusalem-Kreuz-Fahnen zur weiträumigen Orientierung. Die Bodenhülsen hatte ein Rathaus-Geist bereits vorausschauend für die obskure Zusammenkunft installieren lassen. *Sind das die Kongresse, um die Braunschweig weltweit buhlt? Oder ist das die subtil vermittelte Identität, wie sie Herr Borek mit seinen Sachwaltern im Rathaus in der Stadt verkörpert sehen möchte?*

Wussten Sie schon?

□ dass die Richard Borek Stiftung im Zuge der Errichtung der Christentums-Säule weitgehende Gestaltungsrechte am städtischen Ruhfäutchenplatz vertraglich zugesichert bekommen hat?

□ dass die Herrichtung des Platzes, das Fundament der Säule und alle Unterhaltungskosten (ähnlich wie bei der Quadriga) die Stadt zu tragen hat?

Haben Sie bemerkt?

□ dass nun bereits seit 2006 die Gebäude der öffentliche Bücherei an der Langen Str. auf einen Käufer warten? Im Nov. 2006 zitiert die Braunschweiger Zeitung den Kulturdezernenten Laczny:

Kulturdezernent Wolfgang Laczny rechne damit, dass: „wohl zur Jahreswende das Gebäude angeboten wird“. Wer dann einziehe, sei unklar.

Der Kulturdezernent sei jedoch der Auffassung: „Die Bücherei befindet sich in hervorragender Lage: Entlang der Langen Straße lässt sich ausgezeichnet werben. Zudem werden sich Parkhaus und Tiefgarage in unmittelbarer Nachbarschaft und Media Markt ist ein Frequenzbringer.“ Bisher ist nichts draus geworden.

□ dass sogar noch länger von einem Fünf-Sterne-Hotel am Platz des ehemaligen Freizeit- und Bildungszentrum die Rede ist?

Integration erreicht man durch Mitmachen



Im Rahmen des EU-Programms „Jugend in Aktion“ haben sich vom 26. 6. bis 5. 7. 2009 27 Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren im Jugendgästehaus Osterode/Harz getroffen.

Die Jugendlichen stammen aus Portugal, Deutschland, den Niederlanden, Italien und Bulgarien. Koordinator und Gastgeber in diesem Jahr war das „Jüdische Soziokulturelle Zentrum Alexander David e.V.“ aus Braunschweig, dessen Vorsitzende Alla Kazakewitsch für die BIBS-Fraktion als Bürgermitglied im Integrationsausschuss der Stadt Braunschweig vertreten ist. Ein Dutzend Helfer organisierten diese durch die EU und das Jugendamt Stadt Braunschweig getragene internationale Begegnung von Kindern und Jugendlichen.

Und geht's nach den Wünschen der Jugendlichen, so soll es unbedingt im nächsten Jahr mit möglichst den gleichen Teilnehmern eine Fortsetzung geben. Angedacht ist Portugal, wie Alla Kazakewitsch versichert.

Wir drücken ihr ganz doll die Daumen.

Heiderose Wanzelius, BIBS-Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt
www.bibs-fraktion.de



Veranstaltungskalender

August

Do., 13. 8., 19.30 Uhr: Info-Veranstaltung zum Anti-Atomtreck, Stadtpark-Restaurant, Jasperallee 42, Braunschweig, <http://www.braunschweig.anti-atom-treck.de>

So., 16. 8., 11 Uhr: Regionaltreffen zum Treck, DGH Evessen, Schulweg 4

Di., 18. 8., 17 Uhr: ASSE-II-Koordinationskreis, Fachhochschule, Salzdahlumer Straße 46 / 48, Wolfenbüttel, Treffen mit AGO-Wissenschaftlern

Sa., 22. 8., 12 Uhr: Kundgebung der BI Baumschutz zur Übergabe der Unterschriften vor dem Rathaus

Di., 25. 8., 10–16 Uhr: DGB-Energiekonferenz: Raus aus der Krise – im Haus der Wissenschaft Pockelstraße 11 Referenten: Diert Hirschel (DGB) Sven Giegold MdE Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Hermann Scheer MdB SPD, Prof. Dr. Martin Wietschel, Moderation: Ursula Schönberger, AG Schacht Konrad

Mi., 26. 8., 19.30 Uhr: IPPNW-Veranstaltung zur KiKK-Studie in Braunschweig, Ärztehaus, Am Petritor 1

Sa., 29. 8., ab 11 Uhr: Antikriegstag auf dem Kohlmarkt

So., 30. 8., 17–19 Uhr: Gorleben-Treck kommt durch Braunschweig Ab 19.30 Uhr Gorleben-Treck erreicht Schacht KONRAD

Mo., 31. 8., 14 Uhr: Saal im Gewerkschaftshaus, Christoph Butterwegge: „Armut in einem reichen Land“

31. 8., 20 Uhr: Gewerkschaftshaus, Diskussionsveranstaltung mit Sahra Wagenknecht (Linke)

September

Di., 1. 9., 20 Uhr: DGB-Haus mit Schmalstieg, ehemaliger OB von Hannover zum Thema „Die Friedenspolitik am Beispiel der Stadt Hannover“

Di., 1. 9.: Beginn des Anti-Atom-Treck 2009 - ASSE II über Helmstedt, Morsleben, Magdeburg bis Berlin

Sa., 5. 9., 13 Uhr, Berlin: Demonstration vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor, 15 Uhr Berlin: Kundgebung am Brandenburger Tor (bis ca. 17 Uhr)

5. 9., 18 Uhr, Kohlmarkt: Gregor Gysi

Mi., 9. 9., 19.30 Uhr: BI Morsleben, Gemeindezentrum St. Christophorus, Calvörder Str. 1

Do., 10. 9., 19 Uhr, Alte Waage: Dr. Uwe Meier: Agrarethik: Der Kampf um verbindliche Standards in der Landwirtschaft. Veranstalter: Friedenszentrum und -bündnis.

Fr., 11. 9., 19 Uhr, ASSE: Bericht vom Untersuchungsausschuss TU-Hauptgebäude, Raum SN 19.3

So., 13. 9., 10 Uhr: Rad und Tat: Energie-Alternativen: Wind, Sonne, Biogas. Start: 10 Uhr Naturhist. Museum, 14–16 Uhr, ASSE-Spaziergang, Wittmar, Parkplatz Assewirtschaft

Mi., 16. 9., 18 Uhr: Saal im Gewerkschaftshaus Podiumsdiskussion zu Bundestagswahlen mit den Kandidatinnen von SPD, CDU, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, Themen: Mindestlohn, Rente mit 67, Energiepolitik, Schuttschirm für Arbeit

Do., 17. 9., 19 Uhr: Atomenergie mit Zukunft? Die Parteien nehmen Stellung, Brunsviga, Karlstr., großer Saal

So., 27. 9., 8–18 Uhr: Bundestagswahl, 14 Uhr: Konrad-Gottesdienst, SZ-Bleckenstedt

Mi., 30. 9., 19.30 Uhr: Brunsviga: Gründung der BRD = Kapitalismus, Ende der Geschichte? Gründung der DDR = Sozialismus, Irrtum der Geschichte? Referent: Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP

Oktober

So., 11. 10., 14–16 Uhr: ASSE-Spaziergang, Wittmar, Parkplatz Assewirtschaft

Mi., 14. 10., 19.30 Uhr: BI Morsleben, Gemeindezentrum St. Christophorus, Calvörder Str. 1

Do., 15. 10., 19 Uhr: Dr. Bernd Röttger: „New Green Deal“: Die Erneuerung nach der Krise aus ökologischem Geist? Alte Waage, Veranstalter: Friedenszentrum und -bündnis.

Sa./So. 23./24. 10.: Braunschweiger Gramsci-Tage 2009 mit Alex Demirovic, „Herrschaft heute, Vortrag und Seminar, Gewerkschaftshaus, Tagungsplan: www.initiative-bs.de

November

4./5. 11.: Berliner Compagnie „Das Blaue Wunder“, Theaterstück Wasserprivatisierung, www.berlinercompagnie.de

19. 11., 19 Uhr: Pastor R. Albrecht und Gerhard Ruten: Die Friedensbewegung als Wurzel der gewaltfreien Revolution in der DDR, Alte Waage, Veranstalter: Friedenszentrum und -bündnis.